

# DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - April 2003



# Inhalte:

<i>Editorial &amp; Impressum</i>	2
<i>F-ck the System</i>	3
<i>Selbstverständnis</i>	5
<i>Neues vom Institut</i>	6
<i>Prüfungsregelungen</i>	7
<i>Autistische Ökonomie</i>	8
<i>Steyr</i>	9
<i>Sein und Güter</i>	12
<i>Sen Buchbesprechung</i>	14
<i>Kriegstreiberei</i>	16

## Meinung?

Wie auch beim letzten RBK wurde es auch diesmal die Möglichkeit geben in der Online-Ausgabe zu jedem Artikel Kommentare abzugeben. Wir würden uns freuen, wenn diese Möglichkeit auch genutzt werden würde.

## Impressum:

Der RoteMedienhaber, Herausgeber und Verleger: Hanappi Tibor c./o.  
Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft,  
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.  
Eigenvervielfältigung

# Liebe Leserin, lieber Leser!

Lang hat's gedauert aber jetzt ist es wieder einmal soweit: Der neue RBK ist da. Die *Thematik* reicht vom liebevollen Umgang mit soziohistorischen Systemen über psychopathologische Phänomene auf (bestimmten)VWL Instituten bis hin zu Orientierungshilfen in der modernen Kriegstreiberei. Wer gerade nach Lesestoff sucht sollte sich die Beschreibung eines populären Buches von Amartya Sen zu Gemüte führen und Studis die, von wirtschaftswissenschaftlichen Entzugerscheinungen geplagt, diesen Sommer die Wissenschaftstage in Steyr besuchen wollen können sich hier darüber informieren was letztes Jahr so passierte. Im Fall der seltsamen Neuregelung der Prüfungsfristen sind erste Indizien ans Licht gekommen.

Auch *Wahlen* auf allen Ebenen steht wieder an, vom 20. bis zum 22. Mai. Der RBK stellt, in alter Tradition, wieder fünf Kandidatinnen (siehe letzte Seite). Auf der Fakultätsebene kandidieren wir zusammen mit der FS WINF undter dem klangvollen Namen "Fachschaftsliste und Basisgruppe an der Win", kurz FSL(WIN)RBK um der BWL-Dominanz Widerstand leisten zu können. Auf Ebene der Universitätsvertretung können wir nur Empfehlungen geben, diese gehen (auch diesmal wieder) an GRAS und KSV. Die RBK Kandidatur hat natürlich auch wieder einen Selbstfindungsprozess ausgelöst, der zumindest fragmentarisch in diesem Heft dokumentiert wird (ein solcher "Prozess" findet natürlich selten ein Ende) . Wer mehr über die lange Tradition der Selbstfindungsprozesse und/oder über die politische und inhaltliche Tätigkeit der "**gefährlichsten Basisgruppe - EVER**" (des RBKs) lesen will, der kann die 25-Jahre Jubiläumsausgabe des RBK für 2 Euro in der Schildburg erwerben. Dieses sehr umfangreiche Heft ist 1999 erschienen und beinhaltet (unter anderem) Artikel verschiedenster RBK AktivistInnen der letzten 25+ Jahre.

Für Studis mit besonders globalen Interesse, haben wir den "*Atlas der Globalisierung*" (Hg. LeMonde Diplomatie) angeschafft, so dass sich jede/r in der Schildburg informieren kann. In dem übersichtlich gestalteten Atlas werden alle Themenbereiche die mit dem Zusammenwachsen der globalen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu tun haben auf kritische Art und Weise dokumentiert. Ausserdem planen wir, als Beitrag zu derzeitigen GATS-Diskussion, eine Podiumsdiskussion zum Thema öffentliche Güter zu machen. Angefragt sind derzeit Julio Robledo, Georg Götz und Andreas Wagener. Ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

Da das Alles anstrengend ist und tiefe Erholungsbedürfnisse in uns geweckt werden wir auch dieses Semester ein RBK Fest im FLUC veranstalten. Voraussichtlicher Termin ist der 12.5 - *watch out for more information!*

Um über all das am Laufenden zu bleiben, besucht ihr am besten von Zeit zu Zeit unsere Homepage: [www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk/](http://www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk/)

*Euer RBK Redaktionsteam*

# Fuck the System

- wenigstens ein bißchen.

Es ist erstaunlich wie oft ich in den letzten Wochen der Meinung begegnet bin, der Irak Krieg würde so etwas wie "eine neue Ära der Weltpolitik" einleiten. Unabhängig davon, dass man mir vorwerfen könnte, ich würde mich nur in besonders linkslinken Kreisen herumtreiben, habe ich doch das Gefühl, dass dieser Eindruck relativ weit verbreitet ist. Die Meinungen reichen vom gemäßigtem EU Patriotismus bis hin zur Hoffnung auf den globalen Aufstand gegen die Supermacht und das Herannahen eines neuen "linken" Paradigmas. Die Gemeinsamkeit scheint darin zu bestehen, dass die

Ereignisse der letzten Wochen als eine Art Bruchstelle oder Wendepunkt gesehen werden, von dem ausgehend sowohl die öffentliche Meinung als auch die Politik (in gewissen Bereichen) eine etwas(!) andere

Richtung einschlägt als zuvor vermutet wurde. Dieser Hintergrund scheint mir ein guter Anlass zu sein, sich mit einem Artikel zu beschäftigen der in der November/Dezember Ausgabe des New Left Review erschienen ist. Dort schreibt ein gewisser Immanuel Wallerstein (man könnte fast sagen, jemand der von "Anfang" an dabei war) eine Art Kurzinterpretation der Geschichte und der (näheren) Zukunft der politischen Linken im 20ten Jahrhundert und darüber hinaus.

Zunächst macht er auf eine nicht sofort einleuchtende Analogie aufmerksam - er vergleicht die klassischen linken politischen Bewegungen mit den nationalistischen Befreiungsbewegungen, die zwar hauptsächlich, aber nicht nur, in den Ländern der Peripherie aufgetreten sind. Er tut das zunächst, in dem er sie unter dem Begriff "antisystemische Bewegungen" zusammenfasst. Sowohl die sozialen politischen Bewegungen als auch ihre nationalistischen Gegenspieler fordern eine radikale Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung und stellen sich somit explizit gegen die bestehende Staats- bzw. Gesellschaftsordnung. Das Ausmaß der Radikalität variiert natürlich innerhalb der unterschiedlichen Gruppen, und so existieren auf beiden Seiten

reformistische und stärker revolutionär orientierte Gruppen. Wobei sich diese Untergruppen (oder sogenannte "Flügel") im wesentlichen in ihrer Einstellung zum Staat unterscheiden - die reformistische Seite versucht ihre Ziele umzusetzen, in dem sie zunächst im Staat (der ja prinzipiell als Feind betrachtet wird) die Macht übernimmt und dann erst ihre Vorhaben umsetzt. Die revolutionäre(re) Seite versucht naturgemäß den Staat als solches anzugreifen und sozusagen "von aussen" zu bezwingen. Interessant ist, dass sich in den wirtschaftlich starken westlichen Nationen (welche ja auch über

einen wesentlich mächtigeren Staatsapparat verfügen) eher die reformistischen Teile durchgesetzt haben. Während in den Ländern der Peripherie (wo die staatlichen Strukturen nicht so stark ausgebildet sind) die militante Strategie wesentlich erfolgreicher war. Als Beispiel könnte man die europäischen

Arbeiterbewegungen anführen, sowie die Revolutionen in Russland, China und Cuba.

Unabhängig davon ob die Gruppen eher einen revolutionären oder einen reformorientierten Standpunkt einnehmen ist ihnen noch eine weitere Eigenschaft gemein. Die (von ihnen angestrebte) Neustrukturierung der Gesellschaft kann (nach eigener Auffassung) erst nach erfolgreicher Machtübernahme und Konsolidierung umgesetzt werden. Das heisst beide Seiten verfolgen hier eine Art "two step tactic" - zuerst an die Macht gelangen und diese sichern, und erst dann die versprochenen Veränderungen in Gang setzen.

Neben diesen sozusagen deskriptiven Ähnlichkeiten bestehen aber (bei genauerem Hinsehen) auch relativ weitreichende inhaltliche Überschneidungen zwischen den "sozialen" und den "nationalistischen" Bewegungen. So haben sich z.B. die Arbeiterbewegungen in Europa auch bis zu einem gewissen Grad einer nationalistischen Komponente bedient. Auch die kommunistischen Parteien, welche in China, Vietnam oder Cuba an die Macht gekommen sind, legitimieren sich durch das Motiv der nationalen Befreiung. Auf der anderen Seite sind die Gruppen



die um nationale Befreiung kämpfen in der Regel auch um den sozialen Ausgleich (zumindest innerhalb ihrer "Nation") bemüht. Wallerstein sieht dafür zwei Gründe. Einerseits ist es für beide Seiten wichtig, im Zuge des Machtergreifungsprozesses, möglichst breite Bevölkerungsschichten anzusprechen. Andererseits kann es auch sinnvoll sein mit dem Gegenspieler eine Art "strategische Allianz" zu bilden, um effektiver gegen den als Feind betrachteten Staat vorzugehen.

Betrachtet man nun die weltweite politische Situation in den Sechzigerjahren, so scheint es als ob diese, in ihren Ansprüchen sehr radikalen, Gruppen eigentlich recht erfolgreich gewesen sind. Wallerstein führt hier mehrere Indizien an - ein gutes Drittel der Weltbevölkerung war damals unter kommunistischer Herrschaft, die nationale Befreiungsbewegungen Afrikas und Asiens waren in vielen Fällen erfolgreich, Lateinamerika wird zu einem nicht unerheblichen Teil von nationalen, populistischen Bewegungen regiert und auch Europa wird (zumindest gelegentlich) von Sozialdemokratischen Parteien regiert. All diese Gruppen waren angetreten um weitreichende Veränderungen der Gesellschaft herbeizuführen - doch obwohl sie an die Macht gekommen sind, ist die grosse Transformation ausgeblieben.

Für Wallerstein spiegelt sich in den "Revolutionen" der späten Sechzigerjahre (die zu der Zeit an verschiedensten Orten der Welt stattfanden) die Unzufriedenheit über das Ausbleiben der grossen sozialen Veränderungen wider. Es hatte sich zwar einiges geändert, aber diese Veränderungen standen in keiner Relation zu den Erwartungen. Das Bildungs- und Gesundheitssystem wurden zwar ausgebaut und verbessert, aber trotzdem blieben wesentliche Ungleichheiten bestehen. Die Lohnarbeit hat nicht aufgehört zu existieren, sie ist in vielen Fällen noch intensiver geworden. Auch international gesehen hat sich wenig an der ungleichen Verteilung des Reichtums geändert. Diese Einsicht hat zwar nicht unbedingt dazu geführt, dass die entsprechenden Gruppen nicht mehr von der Bevölkerung unterstützt wurden, sie hat allerdings dazu geführt, dass die Unterstützung nur mehr sehr passiv ausgeübt wurde - so wird z.B. die SPÖ noch immer von einem nicht unwesentlichen Anteil der Bevölkerung gewählt, aber oftmals nur mehr "um schlimmeres zu verhindern" (und nicht mehr um ein aktives Bekenntnis zur ihren Standpunkten abzugeben). Die Konsequenz aus diesen Enttäuschungen ist die anhaltende Suche nach "Alternativen" zu den, als Teil des Problems betrachteten, "alten" linken Gruppierungen.

Wallersteins Versuch die "Nachfolgebewegungen" in vier wesentliche Strömungen aufzuteilen wirkt eher unzureichend und daher etwas befremdend. Diese Grobgliederung würde den Maoismus (und andere neue Versionen "traditioneller" linker Bewegungen), die Grün-Bewegung(en), die NGOs und Menschenrechtsbewegungen sowie die "Antiglobalisierungsbewegung" umfassen. Wobei die ersten drei dieser Strömungen mittlerweile den Großteil ihres antisystemischen Potentials verbraucht haben. Interessant ist daher vor

allem die Frage, wie die Antiglobalisierungsbewegung (die neueste der Strömungen) einzuschätzen ist und was sie von den anderen unterscheidet. Die auffälligste Differenz liegt wohl darin, dass die AGB (z.B. durch das WSF) versucht alle bisher aufgetretenen Bewegungen, die sich in irgendeiner Form als systemkritisch bezeichnen würden, unter einem Dach zu versammeln. Die Voraussetzung dafür ein Teil dieser Bewegung zu sein liegt nicht darin ein bestimmtes politisches Programm zu unterschreiben, sondern lediglich darin, dem einen gemeinsamen Ziel entgegenzuarbeiten - dem Kampf gegen die sozialen Mißstände die durch die "neoliberale" Globalisierung verursacht werden. Auch wenn die Meinungen, abgesehen von diesem kleinsten gemeinsamen Nenner, recht stark variieren können, ist es doch so, dass die Bewegung vom gegenseitigen Respekt für die kurzfristigen Prioritäten der anderen getragen ist. Um so erstaunlicher ist es, dass diese sehr offene Organisationsform (bzw. Eigendefinition?) bis jetzt ohne allzu starke hierarchische Struktur auskommt. Ob dies so bleiben kann scheint insbesondere dann fragwürdig, wenn irgendwann einmal dazu übergegangen werden sollte, klare Forderungen und Gegenentwürfe zu formulieren.

Dies scheint um so schwieriger, da sich (nach Wallerstein) die wirtschaftliche und politische Struktur des "Weltsystems" gegenwärtig in einer Phase der Transformation befindet. Diese Phase ist in erster Linie dadurch gekennzeichnet, dass die, die zur Zeit "an der Macht" sind, erkannt haben (oder allmählich erkennen) dass die Strukturen, so wie sie jetzt sind, nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Die Konsequenz daraus ist allerdings nicht der Kollaps des Systems (und ggf. eine komplette Neuordnung desselben), sondern das Streben danach das neu entstehende System so zu gestalten, dass die wesentlichen Merkmale (also die Ungleichheiten, Hierarchie usw.) erhalten bleiben. Man könnte also (diesem Argument folgend) sagen, dass die "Machtausübenden" versuchen die gegenwärtigen Verhältnisse durch eine defensive Strategie zu erhalten. Diese etwas abstrakte Argumentation birgt eine längst überfällige Neuerung (im Denken linker TheoretikerInnen) - die "Geschichte" wird nicht mehr als Argument für die politische Sache verwendet. Sie ist nicht "auf der Seite" einer bestimmten politischen Bewegung. Die zukünftige Struktur der Gesellschaft ist also nicht durch die Vergangenheit determiniert, sondern Ergebnis eines Prozesses über den zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht viel ausgesagt werden kann. Diese Konklusion ist zwar nicht besonders weitreichend in ihrem Erklärungspotential, sie ist aber zumindest etwas realistischer als die meisten anderen "antisystemisch" orientierten Gesellschaftsinterpretationen. Und was noch etwas wichtiger erscheint ist, dass dieses Minimum an Pragmatismus es möglich macht, sich auch über kurzfristige politische Forderungen und "Reformen" Gedanken zu machen - ein Umstand der (angesichts der theoretischen Unsicherheiten) so sinnlos nicht zu sein scheint.

# “Ein” Selbstverständnis

Grundsätzlich sieht unser Konzept einer Basisgruppe keine im Vorhinein feststehende Ideologie vorm, dennoch basieren unsere Entscheidungsfindungsprozesse auf gewissen Grundsätzen, die wir im folgenden Text erläutern wollen.

Zuerst unsere Vorstellung davon, wie StudierendenvertreterInnen Entscheidungen treffen sollten:

- basisdemokratisch** Die Diskussionen sollen allen offen stehen. Fragen sollen auf Basis einer möglichst breiten Partizipation der Betroffenen erörtert und einer konsensfähigen Lösung zugeführt werden, was durchaus im Gegensatz zur Vorgehensweise anderer zur Wahl stehenden Gruppen steht. Hiermit unser konkreter Aufruf an alle VWL- Studierenden, zu unseren regelmäßig stattfindenden Plena zu kommen- Termine auf unserer Homepage ([www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk](http://www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk)). Auf Plena stehen prinzipiell alle von Anwesenden aufgeworfenen Fragen der Diskussion offen. Es wird debattiert, bis Konsens herrscht... ;-)  
Das Ziel einer derartigen Vorgangsweise ist auch eine größtmögliche Transparenz der Entscheidungsfindung am Institut.  
Die gewählten StudienrichtungsvertreterInnen haben in keiner Weise mehr Gewicht in Diskussionen als jede/r andere/r Studierende und sind den in den Plena gefällten Entscheidungen verpflichtet. Tatsächlich werden wir nur vom Wahlsystem gezwungen, fünf KandidatInnen aufzustellen, die über Stimmrecht in den entsprechenden Gremien des Instituts verfügen.  
Natürlich ist hier zu sagen, dass diese Ideale nicht immer voll verwirklichtbar sind. Dennoch streben wir an, sie zumindest in unsere Basisgruppentätigkeit zur Gänze umzusetzen.
- undogmatisch** Als Gruppe haben wir keine vorbestimmte Ideologie und sind im Gegensatz zu anderen von keiner Partei abhängig. Jede/r Einzelne von uns hat natürlich Überzeugungen, das impliziert aber keine Festlegung der Gruppe. Es werden keine, wie auch immer gearteten Meinungen ausgeschlossen, solange diese nicht die unserem Grundkonsens entsprechende basisdemokratische Entscheidungsfindung verunmöglichen.  
Nun zu den Themenbereichen, die in den Plena regelmäßig diskutiert werden. Zum einen sind da natürlich die Angelegenheiten der Studienrichtungsvertretung im engeren Sinne, d.h. alle das Institut und das Studium betreffende Belange. Aber im Gegensatz zur kurzsichtigen Vorgangsweise manch anderer auch zur Wahl stehenden Gruppen, die nicht fähig scheinen, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und sich selbst nur als Serviceagentur präsentieren, streben wir eine breitere Betrachtungsweise an.
- kritisch** Das beinhaltet einerseits eine kritische Auseinandersetzung mit Inhalten unseres Faches und eine Konfrontation mit Alternativen zum ökonomischen Mainstream des Lehrangebots des Instituts (Podiumsdiskussionen, Lesekreise, etc.)
- politisch** Andererseits beschäftigen wir uns auch mit aktuellen und grundlegenden gesellschaftlichen sowie politischen Fragestellungen. Wir bieten eine Plattform für die Organisation öffentlicher Meinungskundgebung, wie etwas in der Vergangenheit gegen die Einführung des undemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und reaktionären UG's oder gegen andere Aspekte der Politik der gegenwärtigen Regierung. Auch in Zukunft werden wir den Protest gegen den autoritären Umbau der Uni (z.B. Ernennung von Nazis zu Uniräten) fortsetzen.
- emanzipatorisch** Ein weiterer vorherrschender Grundkonsens des Roten Börsenkrachs ist das Auftreten gegen jede Form von Diskriminierung auf Grund von Gruppenzugehörigkeiten, wie Geschlecht, Herkunft, Lebensform, etc. in der Basisgruppe, auf der Uni und in der Gesellschaft.

Weiter Infos zu der Basisgruppe "Roter Börsenkrach" auf unserer Homepage [www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk](http://www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk)

# Neues aus der Hohenstaufengasse

Dieses Semester gibt es wieder Neues von der Personalfrent zu berichten:

## *Costa Azariadis*

Über eine Stiftungsprofessor der Bank Austria-Creditanstalt kommt dieses Semester Professor Costa Azariadis von der UCLA ans Institut und unterrichtet geblockt Dynamic General Equilibrium Theory, die Sprache der modernen Makroökonomie. Der Schwerpunkt liegt dabei auf OLG-Modellen, obwohl auch Vergleiche angestellt werden. Professor Azariadis schafft es den, doch recht theoretischen, Stoff lebhaft zu vermitteln und schreckt auch vor methodologischen Diskussionen nicht zurück. Die Studis lernen moderne Modelle und bekamen einen guten Überblick über die Art wie die Makroökonom von heute arbeiten. So kamen sogar am Samstagmorgen motivierte Studis in die Hohenstauffengasse. Leider ist der Kurs zu Redaktionsschluss, abgesehen von der Prüfung, schon vorbei. Übrigens: Über Banken lehrte er explizit nichts.

## *Neil Foster*

Neil Foster wird für sechs Jahre an diesem schönen Institut als Assistenzprofessor verweilen. Seine akademische Ausbildung bekam er an der Universität von Nottingham. Neil Foster war seit Juni 2000 Assistent an der Uni Wien und ist seit Januar Assistenzprofessor. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wachstum, Handel und Entwicklung sowie angewandte Ökonometrie. So wird er auch weiter hier forschen und mit unverwechselbar britischem Akzent lehren.

## *Daisuke Oyama*

Oyama wird Alos-Ferrer bis zum Sommer vertreten. Er hat im März seinen PhD von der Universität Tokio verliehen bekommen. Sein Forschungsschwerpunkt ist Spieltheorie.

## *Christian Watrin*

Professor Watrin kommt im Zuge der, gesplitteten, Hayek-Gastprofessur aus Köln an unser geliebtes Institut. Die Stiftung kommt vom Friedrich August von Hayek Institut und wird vom Finanzminister bezahlt, der den Liberalismus nach eigener Aussage an die Universität bringen möchte. Ohne Staatsinterventionismus scheint das nicht zu funktionieren. Professor Watrin gibt in seiner Vorlesung einen allgemeinen Überblick über das Werk Hayeks. Professor Watrins Unterricht ist von Diskussionen, Abschweifungen in die Philosophie und Anekdoten aus dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BRD), dem er fünf

Jahre lang vorstand, geprägt. Professor Watrin ist auch Vize Präsident der Mont Pelerin Society, einer Art (von Hayek gegründeten) "liberalen Internationale". Trotzdem ist das liberale Gewerkschaftsmitglied weniger dogmatisch als a priori anzunehmen war, und der Unterricht stellt eine gewisse Abwechslung zum Gewohnten dar.

## *Thomas Stratmann*

Thomas Stratmann wird den zweiten Teil der Hayekprofessur übernehmen und Applied Austrian Economics unterrichten. Für Leute denen das so wenig sagt wie mir selbst: Der Einfluß von "Law and Liberty" im Hayek'schen Sinn auf Wachstum wird sowohl theoretisch als auch anhand empirischer Ländervergleiche beleuchtet. Professor Stratman war schon einmal, nämlich 1998/99 am Institut zu Gast. Sonst unterrichtet er an der, nicht gerade marxistisch ausgerichteten, George Mason University in New York. Trotzdem dürfte er der Neoklassik etwas näher stehen.

Auch **Leo Kaas** ist mittlerweile aus der Stadt der Engel (LA) zurückgekehrt - er beglückt die Audienz seit diesem Semester wieder mit anspruchsvoller und dennoch (halbwegs) angewandter Makroökonomie. Wenn sich bewahrheitet, was das Institutsorakel zur Zeit so von sich gibt, dann wird es ab nächstem (Winter-)semester ja schon fast so etwas wie einen "Makro-Schwerpunkt" auf diesem Institut geben! Schließlich wird dann endlich der Streisslersche Lehrstuhl nachbesetzt - der Nachfolger (**Gerhard Sorger**) ist zwar Absolvent des Studiums der technischen Mathematik an der TU Wien (und somit vermutlich eher ein Theoretiker) aber immerhin gibt es dann wieder Lehrpersonal an diesem Institut das sich (freiwillig) mit makroökonomischen(!) Modellen beschäftigt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass sich dann auch **Robert Kunst** wieder dem widmen kann was eigentlich seine Leidenschaft ist, der angewandten(!) Ökonometrie.

So unglaublich es klingen mag, es gibt noch mehr positives zu berichten - trotz des Abgangs von Alfons J. Weichenrieder und Georg Kirchsteiger hat sich im Bereich der Finanzwissenschaft einiges verbessert. Mit **Julio Robledo** und **Andreas Wagener** gibt es seit diesem Jahr wieder zwei interessierte (und gut ausgebildete) "Jungökonom" am WiWi. Beide bieten klassische Finanzwissenschaft an, ohne dabei in die reine Mikrotheorie abzugleiten - abgesehen davon sind beide auch außerhalb der LVen der (manchmal sogar methodologischen) Diskussion nicht abgeneigt.

# Prüfungsregelung NEU!

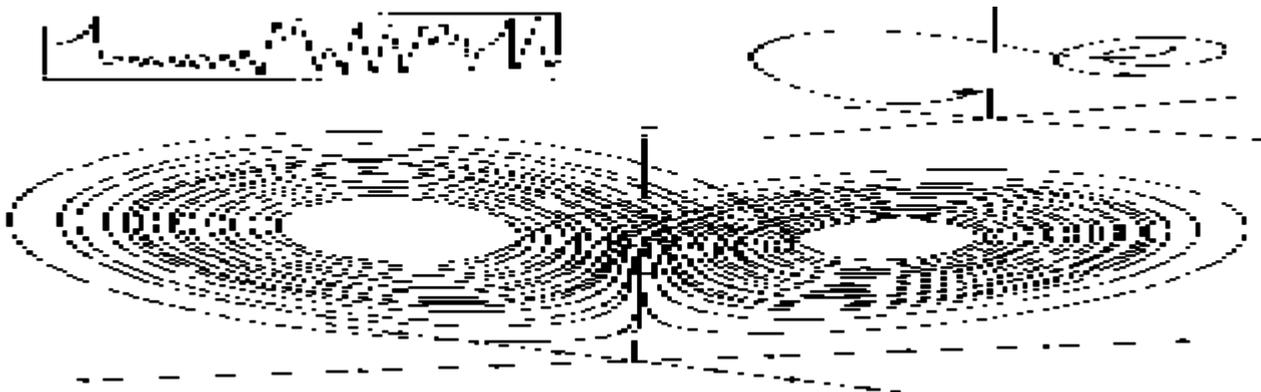
...oder wie man zum Chaos kommt.

Unsere ach so kreative Win Fakultät unter der Führung effizienz beton er Betriebswirte, allen voran Herrn Studiendekan Heidenberger, hat innovative Maßnahmen zum Abschluss von Lehrveranstaltungen getroffen. Ab sofort müssen Prüfungen und schriftliche Arbeiten nur mehr bis zu einem Monat nach Beendigung der Lehrveranstaltung abgelegt, geschrieben und bewertet sein. Ersten Gerüchten nach sollte das Computersystem schuld an der ganzen Sache sein, das es nicht zuließe spätere Eintragungen zu machen. Das ganze wirkte etwas absurd, denn wir befinden uns ja an einer technologisch sehr aufgeschlossenen Fakultät, die solche technischen Probleme ja eher als Herausforderung sehen sollte. Bei weiterer Recherche und einer Rücksprache mit Prof. Haring, Dekan an der Fakultät, bekamen wir eine Auskunft, die den Tatsachen höchst wahrscheinlich schon eher entspricht. Eigentlich ist es eine Maßnahme dazu sei, die Studierenden anzuhalten, die angefangenen

Lehrveranstaltungen auch zu beenden, da das Geld an die Fakultät nur dann fließt wenn auch genügend LV nicht nur besucht sondern auch absolviert werden. Die bisher erkennbarsten Folgen dieser neue Regelung nun tatsächlich auswirkt hat man ja schon bemerkt: Verwirrung in allen Reihen.

Hat hier jemand versucht unter dem Motto speed kills eine Regelung einzuführen, die alle massiv betrifft und darüber hinaus nicht informiert wird? Es scheint so, denn nur so lässt sich das Informationsdefizit und die allgemeine Verwirrung am VWL Institut zu erklären. Um ob der allgemeinen Verwirrung Abhilfe zu schaffen wird der RBK die Details dieser Regelung noch herausfinden und gegebenenfalls intervenieren, wenn sie wirklich so wirklichkeitsfern und unsinnig ist, wie bisher angenommen.

Näheres dann immer auf der Homepage [www.univie.ac.at/strv-vwl](http://www.univie.ac.at/strv-vwl)



# Wie autistisch ist die Ökonomie?

Warum wollte der französische Erziehungsminister Jack Lang wissen was ÖkonomiestudentInnen lernen müssen? Sind ÖkonomInnen tendenziell autistisch? Und wie soll man es nun mit der Mikroökonomie halten?

Alles begann im Juni 2000, als StudentInnen der Sorbonne über das Internet eine Petition zur Reform des VWL-Studiums veröffentlichten. Sie forderten einen theoretischen Pluralismus, die Einbeziehung von Geschichte, institutionellen Hintergründen und so fort, eine stärkere empirische Orientierung und eine Abkehr von der Dominanz axiomatischer, neoklassischer Theorie und abstrakter Mathematik als Selbstzweck. Kurz darauf veröffentlichten ÖkonomieprofessorInnen ihre eigene Petition, in der sie die StudentInnen unterstützten und weitere Kritikpunkte und einige Attacken gegen die neoklassische Theorie mit ihren schlichten Verhaltensannahmen hinzufügten. Le Monde brachte die Bewegung schließlich groß heraus und viele weitere Zeitungen folgten ihrem Beispiel. Ökonomen wie Robert Solow und Olivier Blanchard schrieben Erwidierungen. Schließlich begann sich auch Jack Lang dafür zu interessieren und beauftragte Jean-Paul Fitoussi, Präsident des angesehenen Pariser Wirtschaftsinstituts OFCE, eine Kommission einzurichten, die untersuchen sollte wie weit die Forderungen der StudentInnen berechtigt seien. Ein Jahr später kam das Ergebnis. Laut der Kommission waren sie berechtigt. Den Universitäten wurden einige drastische Änderungen in der Lehrplangestaltung empfohlen.

In der Zwischenzeit begannen die StudentInnen einen Newsletter herauszugeben, der mittlerweile den eindrucksvollen Namen Post-Autistic Economics Review trägt.

PhD StudentInnen von Cambridge (UK) formulierten eine Petition zur "Öffnung der Ökonomie". Ein Treffen von ForscherInnen, ProfessorInnen und StudentInnen in Kansas brachte schließlich das "Kansas City Proposal" hervor, das von mittlerweile 244 Personen unterzeichnet wurde. Darunter auch einige Ökonomen von internationaler Bekanntheit. Ableger entstanden an verschiedensten Orten weltweit und formen nun das Post-Autistic Economics Network, das man im Internet unter [www.paecon.net](http://www.paecon.net) besichtigen kann.

Das Post-Autistic Review hat mittlerweile eine ganze Reihe von mehr oder weniger radikalen, heterodoxen ÖkonomInnen angelockt. Neben einigen prominenten und lautstarken Kritikern der ökonomischen Orthodoxie publizieren auch weniger bekannte, wie James Devine, der sich neben seiner Tätigkeit als Professor auch als Laienpsychologe betätigt und die Meinung vertritt, in den VWL Instituten gäbe es möglicherweise eine beträchtliche Anzahl von schwach autistischen

Personen. Der Großteil beschäftigt sich mit Methodologie oder Lehrplangestaltung. Einige beschäftigen sich mit Fehlern und vermeintlichen Fehlern der Neoklassik. Der Natur der Sache nach gibt es nur wenig Konsens unter den verschiedenen heterodoxen ÖkonomInnen, und so gibt es heiße Debatten darüber ob es irgend etwas Brauchbares in der neoklassischen Mikroökonomie gibt, wie viel Mathematik unterrichtet werden soll und was die Stelle der Neoklassik einnehmen soll. Alles ist vertreten: Post-Keynesianer, Computational Economist, sogenannte Kritische Rationalisten, Neo-Marxisten.... Es dürfte für jede/n etwas Interessantes dabei sein. Die Artikel geben auch einen guten Überblick über die verschiedenen Schulen. Was ist nun von den Vorschlägen unserer KollegInnen aus Frankreich und aller Welt zu halten? Die Vorschläge würden einige tiefgreifende Änderungen des Unterrichts erfordern. Die geforderten Schwerpunkte sind zu umfangreich und komplex um ein einfaches Anhängsel zu sein. Die Verwirklichung würde bedeuten andere Teile zu verkleinern (üblicherweise weniger Mikro). Nicht jeder schlägt eine akademische Karriere ein, und so stellt sich die Frage mit welchem Wissen man frischgebackene Magister auf die Welt loslässt. Robert Solow bemerkte richtig dass innerhalb der Mainstreamökonomie auf die meisten Fragestellungen eingegangen wird, aber die meisten StudentInnen begegnen dieser Forschung nicht innerhalb ihres Studiums. Entweder mensch teilt die Themen unter verschiedene Unis auf und hofft dass die Studenten richtig auswählen oder die Unis geben lediglich grobe Einführungen in viele Bereiche, so dass sich Fortgeschrittene schließlich vertiefen können. Oder auch nicht. Hier stellt sich das Problem der Anwendbarkeit. Viele erwarten mit dem Studium eine Berufsausbildung zu bekommen und widmen sich nicht ausschließlich humanistischen Bildungsidealen. Auch hier bleibt mensch nicht von Knappheitsproblemen verschont. Die Probleme, die sich auftun, können an dieser Stelle nicht gelöst werden. Die Fragen werden jedoch nicht gelöst indem mensch sie ignoriert. Irgendwann muss sich die Lehre den Problemen stellen, besser heute als morgen.

[Vergleiche auch <http://www.paecon.net/>]

# Wachstum - Werte - Woifoat

Wissenschaftstage 2002 im oberösterreichischen Steyr

Der Wecker läutet penetrant. Es ist der 11.7.2002, fünf Uhr früh. Die Wissenschaft ruft. Sechsuhrzwanzig, Zugabfahrt, nicht alle sind dem Ruf der Wissenschaft gefolgt und haben ihr Bett verlassen. Achtuhrreinundvierzig, Ankunft in Steyr. Marsch durch die mittelalterliche Innenstadt zum "Museum Arbeitswelt". Neunuhrdreissig, einleitende Worte durch nicht ganz nüchterne oberösterreichische Lokalpolitiker. Zehnuhr, Beginn des wissenschaftlichen Programms.

Der vielsagende Titel der diesjährigen Wissenschaftstage in Steyr lautete "Wachstum, Werte, Wohlfahrt". Der inhaltliche Zusammenhang zwischen den präsentierten Vorträgen bestand in erster Linie in der ökonomischen Analyse von Institutionen, dh die in den meisten bisherigen Modellen als gegeben angenommenen Strukturen, Institutionen, Verfassungen etc. wurden auf ihre Ursachen und Folgen hin betrachtet. Der Begriff der "Institution" wurde allerdings von den Vortragenden auf verschiedenste Art und Weise interpretiert, etwa als Verfassungsbestimmungen, Organisationen, Soziale Werte und Erwartungshaltungen.

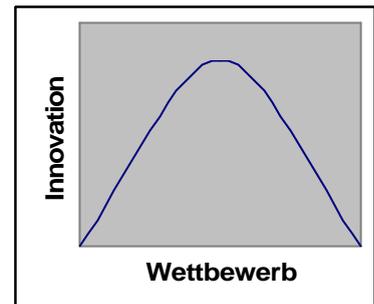
Im ersten Abschnitt "economic organization, unemployment and growth" waren Vorträge von Jonas Agell, Philippe Aghion und Ernst Fehr zu hören. Letzterer war, wie auch in den letzten zwei Jahren, für die wissenschaftliche Leitung zuständig sowie seinerzeit engagierter Aktivist in der Gründungsgeneration der "inhaltlich orientierten Spontigruppe Roter Börsenkrach".

In seiner erster wesentlichen These widerspricht Jonas Agell dem neoklassischen Erklärungsansatz von Arbeitsmarkttrigiditäten. Im Gegensatz dazu versucht er keynesianische Annahmen in den neueren Erkenntnissen der behavioral economics zu fundieren. Weiters vertritt er die unkonventionelle Ansicht dass wirtschaftliche Öffnung eher zu verstärkter sozialpolitischer Aktivität und Umverteilungspolitik führen wird, da die erhöhte individuelle Unsicherheit über das Bestehen in globalisierten Märkten zu einem stärkeren Bedürfnis nach staatlichen "Versicherungen" gegen die Gefahren des Daseins führt.

## *New-new Growth Theory*

Philippe Aghion präsentierte in seinem Vortrag Teile seiner recht originellen "new-new growth theory". Im Gegengensatz zur neoklassischen "old growth theory" und zur "new old" Humankapitaltheorie beruht seine Arbeit mehr auf schumpeterianischen Ansätzen. Innovation, und damit Wachstum, wird endogen erklärt durch die Renten-motivierten

"Innovationsentscheidungen" der einzelnen Individuen. Sowohl theoretisch wie empirisch stellt Aghion einen "inverted U" Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Innovation fest. Weiters führt in Sektoren mit ähnlichem Technologielevel der Wettbewerber erhöhter Wettbewerb tendenziell eher zu erhöhter Innovation (Flucht aus dem Wettbewerb), wohingegen in Sektoren mit sehr unterschiedlichen Technologielevels der Firmen weniger Wettbewerb zu mehr Innovation führen kann (wegen geringerer spill-over Effekte und höherer Monopolrenten). Eine der policy-implications dieser Modelle besteht in einer weiteren Rechtfertigung für protektionistische Maßnahmen in Ländern, die weit von der "technologischen Front" entfernt sind.



Ernst Fehr stellte auch dieses Jahr wieder Ergebnisse der experimentellen Ökonomie vor. Wie zuvor beschäftigt er sich mit dem Zusammenhang von nicht-egoistischem Verhalten und dem Arbeitsmarkt. In seinen wage-effort Experimenten legt er dar, wie Fairnessnormen der Individuen unter der Möglichkeit von langfristigen Arbeitsbeziehungen sowie öffentlicher Reputation zu fundamental anderen Ergebnissen führen, als man unter der Annahme von egoistischen Individuen erwarten würde. Nach Fehr ist die Tatsache, dass wir uns auch zu vollkommen unbekanntem Mitmenschen "fair" verhalten ein Beweis für die prosoziale Natur des Menschen.

## *Theoretische Unterentwicklung*

Der nächste Teil der Vorträge "inequality, incentives and productivity" beschäftigt sich mit den wirtschaftshistorischen Ursachen von sogenannter "Unterentwicklung".

Daron Acemoglu untersucht die vielgestellte Frage, worauf die Wohlstandsunterschiede, die in der heutigen Welt festzustellen sind, beruhen. Die reaktionäre These, dass diese auf geographische und/oder klimatische Faktoren zurückzuführen sind, weist er, mit Hinblick auf die Umkehrung der weltweiten Wohlstandsverteilung seit 1492, zurück. Seine ökonometrisch gut untermauerte Behauptung lautet, dass die heutige Wohlstandsverteilung wesentlich auf die unterschiedlichen Institutionen zurückzuführen ist, die den

Unterworfenen im Zuge der europäischen Kolonialisierung aufoktroiert wurde. Diese politischen und sozio-ökonomischen Strukturen waren in den zum Zeitpunkt der Kolonialisierung reichen und dicht bevölkerten Regionen sehr stark auf die Ausbeutung von menschlichen und natürlichen Ressourcen ausgerichtet. Eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung lag nicht im Interesse der neuen Herrscher. Im Gegensatz dazu wurden in den dünnbesiedelten Regionen mit eher für Europäer verträglichen klimatischen und epidemischen Bedingungen verstärkt neue Siedler sesshaft. Hier wurde (nach Ausrottung der ansässigen Bevölkerung) im Interesse der relativ homogenen Siedlerpopulation darauf Wert gelegt, dass die Institutionen ein effizientes Wirtschaftsleben gewährleisten und ein im europäischen Vergleich sogar fortschrittliches politisches System installiert.

Der (sicherlich auch hoch interessante) Vortrag von Kenneth Sokoloff über "Ungleichheit, Institutionen und unterschiedliche Wachstumspfade in den Ökonomien der neuen Welt" viel leider dem akuten Schlafmangel der Autoren dieses Artikels zum Opfer. Gestärkt durch unsere geistige Abwesenheit bei diesem Vortrag sowie der folgenden panel discussion, war es uns allerdings möglich wieder sehr aktiv an dem anschließenden viergängigen Diner teilzunehmen.

Am nächsten Tag um 9:30, wir etwas ausgeschlafener als zuvor, begann der Abschnitt "political organization, welfare, and macroeconomic performance" mit Torsten Persson, Timothy Besley und Dennis C. Mueller, Professor an unserem Institut.

### *Economics meets Politics*

Torsten Persson präsentierte eine stark Empirie-lastige Analyse der Folgen unterschiedlicher Wahlgesetze und Regierungsformen für diverse ökonomische Variablen. Motivation ist der Versuch einer



integrierten Untersuchung von politischem und ökonomischem System, mit dem Ziel traditionelle disziplinäre Grenzen zwischen Politikwissenschaft und Ökonomie zu sprengen.

Einge der signifikantesten Untersuchungs-ergebnisse, die auf der statistischen Analyse von bis zu 85 "Demokratien" über 40 Jahre beruhen: Staaten mit proportionalem Wahlrecht haben etwa um 2% des BIP höhere Sozialausgaben als solche mit Mehrheitswahlrecht, allerdings auch ebenso um

2%/BIP höhere Budgetdefizite, kleinere Wahlbezirke und Listenwahlen führen zu höherer Korruption, präsidentielle Demokratien reagieren schnell und prozyklisch auf ökonomische Schocks, parlamentarische Demokratien eher antizyklisch und zeitverzögert. Einige der gefundenen Tatsachen sind nicht durch die vorhandene Theorie erklärbar und erfordern daher weitere Untersuchungen.

Timothy Besley (der bereits durch seine antikapitalistischen Zwischenrufe positiv aufgefallen war) ist Direktor des "Suntory-Toyota Zentrums für Wirtschaft und verwandte Disziplinen" an der LSE. Im Gegensatz zu Public Choice Ansätzen (bei der Analyse von staatlichen Institutionen) deren Herangehensweise Rechte in den Mittelpunkt stellt sowie pareto Verbesserungen gegenüber staatsfreien Zuständen bei der Einführung jeder Massnahme fordert, stellt sich Timothy Besley in eher konsequentialistisch-wohlfahrtsökonomische Traditionen. Über diese Traditionen geht er allerdings insofern hinaus, als er nicht die policy sondern die polity in den Brennpunkt rückt, dh nicht die Folgen von konkreten politischen Massnahmen sondern jene von politischen Institutionen und Verfassungen untersucht. Er schlägt eine piecemeal Vorgehensweise vor, in der die Verteilungs- und Effizienzwirkungen von Änderungen einzelner Bestandteile des politischen Institutionengefüges empirisch und theoretisch untersucht werden.

Vergleichsweise wenig innovativ erschien der Vortrag des einzigen anwesenden Professors unseres Instituts, Dennis Mueller. Dieser untersuchte Aspekte einer möglichen künftigen EU Verfassung aus dem Blickwinkel klassischer Public Choice Ansätze. Von herkömmlichen Annahmen ausgehend analysierte er das optimale Verhältnis zwischen föderalistischen und konföderalistischen Elementen auf EU Ebene.



### *...und zum Schluss: Entwicklungspolitik*

Der letzte Teil der Vortragsreihe, "social organization, poverty and development" ging verstärkt auf anwendungsorientierte entwicklungspolitische Fragestellungen ein.

Micheal Kremer beschäftigt sich mit den Anreizeffekten von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und global public goods. Erstes Thema war die Entwicklung von Medikamenten für in Entwicklungsländern verbreiteten Seuchen (wie z.B. Malaria, Gelbfieber, usw.). Diese können auf Märkten nicht im notwendigen Ausmass zur Verfügung gestellt werden, da einerseits die potentiellen Konsumenten zu arm sind. Andererseits sind auch Patentrechte global public goods - die einzelnen Staaten befinden sich in

einem Konflikt zwischen Verfügbarmachung bestehender Medikamente und der Schaffung von Anreizen für die Entwicklung neuer Wirkstoffe. Kremer stellt dem herkömmlichen "Push" Ansatz (Inputsubvention in der Forschung) einen "Pull" Ansatz (Outputprämien) gegenüber. Nachteile der Inputfinanzierung sind moral hazard Probleme (akademische Interessen der Forschenden decken sich nicht mit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen) sowie Probleme die aus asymmetrischer Information zwischen Geldgebern und Forschenden resultieren. Die von ihm vorgeschlagenen Outputprämien für fertig entwickelte Medikamente umgehen die Anreizprobleme der Inputfinanzierung. Es müssten allerdings im Vorhinein möglichst klar formulierte Bedingungen für die Auszahlung der Prämien und rechtliche Absicherungen festgelegt werden um die erwähnten Zeit-Inkonsistenz-Probleme bei den Anreizen für die fördernde Institution zu lösen.

Ein weiteres global public good sieht Kremer im policy knowledge über die Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit, die sehr stark intellektuellen Moden ausgesetzt ist und oft auf wenig rigoroser empirischer Evidenz beruht. Er schlägt systematische, randomisierte Feldversuche (wie in der Medizin) vor, die als künftige Entscheidungsgrundlage dienen können.

Ein weiteres grosses Problem vieler Entwicklungsländer besteht darin, dass sie, um auf den internationalen Kreditmärkten glaubwürdig zu bleiben, die Schulden korrupter und diktatorischer Regime zurückzahlen müssen. Kremer schlägt vor solche Regime im Vorhinein von einer unabhängigen internationalen Institution brandmarken zu lassen, so dass deren Schulden nicht von Nachfolgeregierungen zurückgezahlt werden müssen. Durch diese ex-ante Stigmatisierung könnten einige der Anreizprobleme einer ex-post Auswahl umgangen werden.



Masahiko Aoki versucht in seinen Arbeiten ein spieltheoretisches Rahmenwerk zur vergleichenden Institutionenanalyse zu schaffen. In diesem werden Institutionen (im breitesten Sinne) als Elemente von spieltheoretischen Gleichgewichten betrachtet. In seinem Vortrag präsentierte er einige historische Beispiele für diesen Ansatz.

Micheal Woolcock, der einzige anwesende Soziologe bei den diesjährigen Wissenschaftstagen, litt unter der Zeitbeschränkung seines Vortrages. Aufgrund dieser kam er nicht über die (durchaus interessante) Rekapitulation der theoretischen Strömungen des entwicklungspolitischen Diskurses der letzten Jahrzehnte hinaus.

Tiefergehende Informationen zu den Wissenschaftstagen sind unter [www.sync-relations.at](http://www.sync-relations.at) und [www.iew.unizh.ch/grp/fehr/esd2002/summer/](http://www.iew.unizh.ch/grp/fehr/esd2002/summer/) zu finden.

*Diesen Sommer finden die Wissenschaftstage zu dem (eher uninteressanten?!) Thema: "Personnel Economics: Motivating Higher Productivity with New Approaches" statt. Nähere Infos finden sich auch hierfür unter [www.sync-relations.at](http://www.sync-relations.at)*

*Die ländliche Idylle täuscht - einmal im Jahr wird Steyr Schauplatz interessanter ökonomischer Diskussionen.*

# Die Entgüterung des Seins

Es ist immer wieder dasselbe - in vielen Publikationen, die sich mit dem Phänomen der Globalisierung bzw. mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im beginnenden 21ten Jahrhunderts beschäftigen, wird zwar eine präzise Analyse des status quo geboten, aber sobald es darum gehen soll kohärente Standpunkte jenseits des "neoliberalen" Konsenses zu entwickeln verliert die Analyse ihre Präzision. Ist das kritische Denken noch immer gefangen zwischen Traditionalismus und Utopie oder ist es am Ende ohnehin schon im Sumpf der mathematischen Ökonomik verloren gegangen?!

Als unmittelbares Beispiel für diese Schwierigkeit kann man eine der Forderungen, die Wallerstein in seinem Artikel<sup>1</sup> erhebt, heranziehen. Als kurzfristige Zielsetzung schlägt er eine sich immer weiter ausdehnende "Dekommodifikation" vor - diese "Entgüterung" würde einerseits bedeuten, dass der "neoliberalen" Tendenz<sup>2</sup>, immer mehr Aspekte des menschlichen (Zusammen-) Lebens zu handelbaren Gütern zu machen, entgegen gewirkt werden soll. Darüber hinaus wird andererseits noch gefordert, immer mehr Bereiche der Gesellschaft dieser

"Marktlogik" zu entziehen und die Bereitstellung und Verwendung dieser "Güter" auf andere Art und Weise zu organisieren. Dabei stellen sich natürlich sofort zwei Fragen. Erstens - welche Bereiche sind da gemeint und wie weit soll die Dekommodifizierung durchgesetzt werden? Und zweitens - wie sollen diese "nicht-mehr-Güter" tatsächlich "produziert" und "alloziert" werden? Auch wenn einige Publikationen<sup>3</sup> sich mit diesem Thema beschäftigen bzw. ähnliche Forderungen erhe-

ben, so ist nicht wirklich klar wie die Antwort auf die beiden (sehr stark miteinander verknüpften Fragen) lauten kann. So wie ich das sehe, geht es hier nicht darum alte Ideen<sup>4</sup> in ein neues Gewand zu stecken - d.h. allein die Tatsache, dass z.B. eine bestimmte Dienstleistung durch den Staat bereitgestellt wird, bedeutet noch nicht, dass diese nicht als eine (der Marktlogik unterstellte) Handelsware betrachtet werden muss. Die Dekommodifizierung ist also nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach mehr staatlicher Aktivität in allen möglichen Bereichen der Gesellschaft. Im Gegenteil, wenn man diese Fragen beantworten will, sollte es viel-



mehr darum gehen, sich mit der Möglichkeit von "privaten, dezentralen nicht-Marktlösungen" zu beschäftigen. Dies würde natürlich dem klassischen Betätigungsfeld einer jeden Ökonomin widersprechen. Schließlich müsste man als ÖkonostudentIn wohl zu dem Schluss kommen, dass es sich dabei entweder um einen Bereich der Sozialwissenschaften handelt zu dem man keine, wie auch immer gearteten, Aussagen treffen kann oder man vertritt den Standpunkt, dass

die (aller-) meisten Güter ohnehin am effizientesten durch eine (quasi-) Marktlösung bereitgestellt werden können. Was ist also mit "privaten, dezentralen nicht-Marktlösungen" gemeint?! Im Prinzip würde ich darunter alle Formen von menschlichem Handeln verstehen, welche zwar mit wirtschaftlichen Tätigkeiten im weitesten Sinne zu tun haben (also durch "ökonomisches Denken" bestimmt werden), welche aber auch zu einem relativ grossen Teil durch "soziale Normen"

(oder andere nicht direkt dem Eigennutz unterstellte Motive) bestimmt werden. Wie ich unlängst im Radio gehört habe, beschäftigt sich die sogenannte "Wirtschaftswissenschaftlichen Sozialanthropologie" mit ähnlichen Phänomenen (allerdings aus einer rein historischen Perspektive). Als extremes Beispiel (welches ich jetzt versuche aus meinen Erinnerungen an diese Sendung zu rekonstruieren) könnten die chinesischen Bettlergilden, die seit dem 12ten Jahrhundert bis in die heutige Zeit hinein bestehen, dienen. Diese sind streng hierarchisch organisiert und folgen (innerhalb der Gruppe) einem bestimmten sozialen Verhaltenskodex. Ihre Tätigkeiten erstrecken sich weit über das Betteln hinaus - so übernehmen sie z.B. Aufgaben wie die Strassenreinigung und die Leichenbestattung bzw. deren Verwertung. All das geschieht natürlich ohne Bezahlung von irgendeiner staatlichen Autorität. Dieses extreme Beispiel soll natürlich nicht dafür sprechen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen die unangenehme Arbeit verrichten zu lassen, es soll vielmehr zeigen für welche Art von sozial-wirtschaftlichen Phänomenen die Ökonomie bislang keine zufriedenstellende (theoretische) Umgangsweise gefunden hat. Prominentere Beispiele für diese Art von Fragestellungen wären die (aus der Arbeitsmarktforschung bekannten) wage-effort Modelle oder z.B. die Rolle von Stigmata in der Armutforschung. Der einzige Bereich der VWL Theorie der sich ernsthaft mit diesen "Problemen" beschäftigt ist meines Wissens die experimentelle Ökonomie. Wie das erste Beispiel zeigt, wird dort (zumindest Ansatzweise) systematisch über solche Phänomene wie Reputation, Reziprozität und Altruismus nachgedacht. Ein besonders interessanter Gedanke, auf den ich einmal bei A. Sen<sup>5</sup> gestoßen bin, würde sogar darauf hindeuten, dass diese Formen von nicht-Marktlösungen besonders Effizient sind. Sen argumentiert anhand eines einfachen Beispiels - des prisoners dilemma. Wie hinlänglich bekannt ist, erreichen die Protagonisten (also die beiden Verbecher die überführt wurden) in diesem "Spiel" ein inferiores Ergebnis wenn sie beide lediglich nach ihrem eigenen Nutzen streben. Im Kontext der Geschichte hieße das, beide Verbecher haben einen Anreiz den anderen zu verraten um selbst ungeschoren davonzukommen. Da dies aber für beide gilt, werden auch beide gestehen und somit auch beide inhaftiert. Das bedeutet sie wären natürlich beide besser dran wenn sie (beide!) nicht gestehen würden. Sen argumentiert jetzt, dass genau aus dieser, als Dilemma empfundenen, Situation heraus die entsprechenden "sozialen Normen" entstanden sind, welche zum Erreichen des effizienteren Ergebnisses führen. So ähnlich wie in diesem Beispiel könnte auch in anderen Bereichen die Entstehung solcher Normen (es muss sich ja nicht immer um Verbecherbanden handeln) durch das Bedürfnis nach höherer "Effizienz" (:= Wohlfahrt) erklärt werden. Soweit ich das verfolgt habe zeichnen die Ergebnisse der experimentellen Ökonomie<sup>6</sup> (zumindest teilweise) ein ähnliches Bild.

Trotz der weitreichenden Vernachlässigung dieses Themas scheint es meines Erachtens notwendig zu sein, sich mit dieser Thematik verstärkt auseinanderzusetzen (vorausgesetzt man erhebt den Anspruch Aussagen über die Realität treffen zu können). Das gilt natürlich nicht nur für die kritischeren Zeitgenossinnen (die eventuell die Idee der Dekommodifizierung besser ausformulieren wollen), das sollte auch für die, um rein positive Beschreibung der Realität bemühten, Kollegen gelten. Die Volkswirtschaftslehre ist eben doch eine Sozialwissenschaft.

1 Siehe auch "fuck the system - wenigstens ein bißchen" in diesem RBK!

2 Will man sich korrekt ausdrücken, sollte man eher schreiben "..., dass der Tendenz der 'neoliberalen' Globalisierung,...., entgegen gewirkt werden soll."

3 Siehe auch "Die geheimen Spielregeln des Welthandels" von ATTAC (Hg.) insbesondere das Kapitel über die Alternativen zum Freihandel und der WTO

4 Vgl. "Wald und Wiesen Kommunismus im Blumenkleid"

5 A.Sen "Choice, Welfare and Measurement"; 1982

6 Siehe insbesondere die Experimente von E. Fehr et al. - nachzulesen u.a. in dem Artikel zu Steyr in diesem RBK!

# Amartya Sen Ökonomie für den Menschen

*eine Buchbesprechung*

Verwirklichungschancen - das ist das Schlagwort unter dem das Buch von Sen steht. Er sieht diese Verwirklichungschancen als die Grundvoraussetzung für eine Entwicklung der Gesellschaft, und zwar nicht nur im ökonomischen Sinn, der sich im Steigen des Bruttoinlandsprodukts ausdrückt, sondern in einer Entwicklung hin zu einer offenen Gesellschaft, in der die Zustände wie freie Meinungsäußerung, Demokratie, Lebenserwartung und Bildung die eigentlichen Ziele des Prozesses sind. Die Kernaussage dieses Buches befindet sich schon im ersten Satz der Einleitung: "Entwicklung lässt sich, so meine These, als Prozess der Erweiterung realer Freiheiten verstehen, die den Menschen zukommen" (S.13)

Über die Struktur dieses Buches ist zu sagen, dass es sich hier eher um eine Aufsatzsammlung handelt, als um ein logisch durchdachtes und aufgebautes Textbuch. So stolpert man beim Lesen immer wieder über Passagen, von denen man meint sie schon vorher gelesen zu haben und bei mehrmaligen zurückblättern merkt man auch, dass diese Redundanzen tatsächlich vorhanden sind.

Die Ideen die aber in all diesen Kapiteln stecken sind angenehm anders als der übliche ökonomische Zugang zu Fragestellungen in Transformationsprozessen. Die Problematik, wie viel Demokratie es braucht um Wachstum und Wohlstand zu erzielen wird hier gar nicht erst gestellt. Dies ergibt sich auch aus der Dualität der Freiheiten als Mittel und als Zweck. Sehr plastisch illustriert dies sein Beispiel vom Zusammenhang von Hungersnöten und Demokratie. Empirisch gesehen, schreibt Sen, gab es in Ländern mit funktionierender

Demokratie noch nie eine große Hungersnot. Begründet durch die Theorie, dass Regierungen in demokratischen Systemen ein Interesse haben wieder gewählt zu werden und deswegen größere Bevölkerungsgruppen nicht massiv schlechter stellen können. Der Punkt hier ist, dass es in Ländern mit großen Hungersnöten für alle Menschen ausreichend Getreide zur Versorgung vorhanden wäre, es aber zu einer ungerechten Verteilung kommt und von einer diktatorischen Regierung nicht umverteilt wird, da diese von den reichen Schichten getragen wird und von restlichen Bevölkerung nichts zu befürchten hat (mensch sehe ab von Revolutionen, aber das ist eine ähnliche, aber andere Geschichte).

Die auf Seite 52 dargestellten fünf Arten instrumenteller Freiheiten: "(1) politische Freiheiten, (2) ökonomische Einrichtungen, (3) soziale Chancen, (4) Transparenzgarantien, (5) soziale Sicherheit" spielen in ihrer Erreichung nicht nur eine Rolle in den Entwicklungsländern sondern stellen auch massive Anforderungen an die schon entwickelten Staaten. So sieht er das fehlende

Sozialversicherungssystem in den USA und die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland eine massive Einschränkung der Verwirklichungschancen und somit der individuellen Freiheiten. In diesem Zusammenhang ist auch die Benachteiligung vieler Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates zu nennen. So ist auch die Schlechterbehandlung von Frauen oder sozialer Minderheiten innerhalb einer Gesellschaft eine Verminderung individueller Freiheiten und somit der Verwirklichungschancen. Als Beispiele hierfür nennt er vor allem Indien, wo es durch eine Schlechterstellung von Frauen und jungen Mädchen sowohl in der medizinischen Behandlung als auch in



der Bildung zu massiven Kindersterblichkeit bei Mädchen und durch hohen Analphabetismus und Unterernährung zu einer massiven Einengung der Verwirklichungschancen kommt.

Das letzte Kapitel widmet sich der Verantwortung die aus der Freiheit für jeden einzelnen erwächst. "Der Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung besteht in beide Richtungen. Ohne substantielle Freiheit und die Verwirklichungschancen, etwas bestimmtes zu tun, kann jemand auch nicht die Verantwortung dafür tragen, was er [sie] tut. Wo man jedoch wirklich die Freiheit und die Verwirklichungschance besitzt, etwas bestimmtes zu tun, hat man auch die Pflicht, sich zu überlegen, ob man es tun soll oder nicht, und das impliziert persönliche Verantwortung" (S.337) In diesem Zusammenhang geht er auch auf die Rolle von Institutionen ein, die die Freiheit des einzelnen garantieren sollen, wobei nicht nur der Staat genannt wird sondern auch transnationale Organisationen oder NGOs. Hier begibt sich Sen wieder auf das schwierige Terrain der Wertungen und dem sozial wünschenswerten Maß an Freiheit für die Individuen einer Gesellschaft. Er handelt dieses Problem aber sehr schnell ab, als dass er feststellt, dass das von ihm entwickelte System verschiedene Gerechtigkeitstheorien anwenden lassen und es durch eine voreilige Festlegung auf ein bestimmtes System der Gewichtungen "den demokratischen Entscheidungsspielraum in dieser entscheidenden Frage empfindlich einschränken würde". Für diese demokratischen Entscheidungsprozesse ist ihm vor allem ein Verständnis der Individuen über die Informationsbasis, die einer Bewertung zugrunde liegt - worum es darin geht und welche Aspekte deutlich zu kurz kommen.

Diese Änderung des Blickwinkels der Betrachtung von Entwicklung wirkt in vielen Bereichen bestechend und man kommt kaum umhin inhaltlich voll zuzustimmen. Das Problem liegt bei der Definition der Freiheiten als Mittel und Ziel, was zur Folge hat, dass durch das Einsetzen der Mittel per definitionem Entwicklung - also eine Erweiterung der Freiheiten - stattfindet, was ja dann doch eher tautologisch ist. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die deutsche Version sehr unter der Übersetzung leidet, die durch die teilweise wortwörtliche Übersetzung von Fachbegriffen Probleme mit Definitionen mit sich bringt.

**Amartya Sen:** Ökonomie für den Menschen, dtv, 2002  
€12,50

*"I was born in a University campus and seem to have lived all my life in one campus or another." - mit diesen ermutigenden Worten beginnt A.Sen seine Autobiographie.*

(vgl. <http://www.nobel.se/economics/laureates/1998/sen-autobio.html>)



# Wo Weltpolitik gemacht wird

Da das Erwachen von Herrn Bushs Kriegsgeist für die meisten überraschend war<sup>1</sup>, stellt sich die Frage wie wir uns für die Zukunft prognostisch rüsten können. Es besteht eine auffallende Beziehung zwischen der Außenpolitik des Herrn Bush und einem Paper, das ein Amerikanischer Think-Tank<sup>2</sup>, der uns hier nun ausführlicher beschäftigen wird, im Jahre 2000 produzierte.

Anno 1997, vier Jahre bevor der konservativ geprägte oberste Gerichtshof Herrn Bush zum Präsidenten ernannte, tat sich ein Grüppchen aus so genannten Neo-Konservativen (Konservative die was gegen Isolationismus haben) zusammen und gründeten das Project for The New American Century 3, kurz PNAC. Die durchaus sehenswerte Liste der Gründungsmitglieder dürfte schnell klar machen warum PNAC relevant ist: Es finden sich Leute wie Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Jeb Bush, Steve Forbes, Dan Quayle und natürlich auch der allseits beliebte Dick Cheney. Interessanterweise hat auch Francis Fukuyama, der mit dem Ende der Geschichte bekannt geworden ist, das Statement of Principles unterzeichnet, doch das nur nebenbei. In besagtem Dokument wird auch das Fundament der neuen Ordnung klargelegt: "We aim to make the case and rally support for American global leadership." Wer glaubt, dass kalte Kriege wirklich einmal abkühlen, wird eines Besseren belehrt: "We are living off the capital -- both the military investments and the foreign policy achievements -- built up by past administrations. Cuts in foreign affairs and defense spending, inattention to the tools of statecraft, and inconstant leadership are making it increasingly difficult to sustain American influence around the world." Wie traurig. Und so fordern sie dass das US Verteidigungsbudget aufgestockt wird, und sich die US zu ihrer Rolle als globale Führung bekennen.

In ihrem Report "Rebuilding Americas Defenses 2000" findet sich einiges, das heute nur allzu bekannt erscheinen dürfte, wenn auch in etwas ungewohnter Weise. Wer sich in verachtungsvoller Weise über die

Sicherheitsorgen der Hawks auslöst und ihnen Heuchelei vorwirft lernt nun dass die Sorge eine echte ist: "Potential rivals such as China are anxious to exploit these transformational technologies broadly, while adversaries like Iran, Iraq and North Korea are rushing to develop ballistic missiles and nuclear weapons as a deterrent to American intervention in regions they seek to dominate." Das ist doch nun einmal eine ernstzunehmende Gefahr. Freilich sollte die Rolle von Saddam Hussein nicht überbewertet werden: "the United States has for decades sought to play a more permanent role in Gulf regional security. While the unresolved conflict with Iraq provides the immediate justification, the need for a substantial American force presence in the Gulf transcends the issue of the regime of Saddam Hussein." Ein gewisser Show-Effekt dürfte dabei durchaus beabsichtigt sein, denn eines der im Report genannten Hauptziele lautet "fight and decisively win multiple, simultaneous major theater wars;" Als Ziele werden neben den allseits bekannten Schurkenstaaten auf der Achse des Bösen auch derzeitige Verbündete wie die Saudis genannt. Selbst China soll auf kunstvolle Weise durch umzingeln mit US Truppen demokratisiert werden: "Indeed, in time, American and allied power providing the spur to the process of democratization inside China itself."



Freilich ist eine derart unpopuläre Politik nur schwer durchzusetzen, es sei denn, ... nun ... : "Further, the process of transformation, even if it brings revolutionary change, is likely to be a long one, absent some catastrophic and catalyzing event - like a new Pearl Harbor."

Vielleicht ist es ja doch nicht so schwer.

1 Gleich nach 9-11 wollte er den Hawks noch nicht so weit folgen die zunehmenden Skalenerträge (?) auszunutzen und den Irak gleich mit anzugreifen.

2 [www.newamericancentury.org](http://www.newamericancentury.org)

3 Neil Mackay vom Sunday Herald gebührt die Ehre als erster Journalist von PNAC zu berichten: [www.sundayherald.com/27735](http://www.sundayherald.com/27735)



## StRV VWL

Web:  
www.univie.ac.at/  
strv-vwl  
Mail: vwl@gmx.at

## Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk  
Mail: vwl@gmx.net

**Live und Direkt zu  
erreichen in:**

## basisgruppe win

FSL(win)RBK

...am besten direkt beim  
Plenum oder über Mail  
(siehe oben)

DER SCHILDBURG  
Dr. Karl-Lueger Ring 1,  
1010 Wien  
im linken Uni Hof (#3)  
Tel. 4277-19634  
Fax. 4277-19633

Der Name **DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK)** bezeichnet nicht nur diese Zeitung sondern ist auch der Name der Basisgruppe Volkswirtschaft an der Win-Fakultät. Wir treffen uns (und Dich?)...

jeden Montag um 19:00 Uhr  
in der Schildburg  
(das nächste Mal am 28.04.2003)

Das Plenum ist offen für alle, die sich dafür interessieren, was in und über Lehrveranstaltungen hinaus noch an der WIN passiert, bzw. passieren sollte/könnte!

Über Studiumsrelevantes hinaus steht der ROTE BÖRSENKRACH aber auch für eine offene Bereitschaft, sich mit gesellschaftlich relevanten Themen, politischem Diskurs und allem anderen Geschehen außerhalb der "heiligen Hallen" der Universität auseinanderzusetzen.

Dabei bieten sich auch auf Fakultätsebene - in Kooperation mit der Fachschaft Winf - und auch auf UV und BV Ebene jede Menge weiterer Möglichkeiten dazu.

Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael**

Die fett gedruckten Namen kann frau/man ankreuzen - ÖH Wahl 20.-22.5

**Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** Susanne Forstner Katharina Wick **Verena Halsmayer** Christian Kellner Joseph Mussil **Maximilian Kasy** Raphaela Hye Gerhard Riener **Daniela Platsch** Patricia Reiter **Michael Greinecker** Tibor Hanappi **Michael Kummer** **Verena Halsmayer** Raphaela Hye **Daniela Platsch** **Michael Greinecker** **Michael Kummer** **Verena Halsmayer** **Maximilian Kasy** ...und viele mehr

**DER ROTE  
BÖRSENKRACH**



Basisgruppe  
Volkswirtschaft: RBK  
[www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk](http://www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk)